

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6404, 16/6423 –**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

**hier: Einzelplan 04
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Vorfeld der Duma-Wahlen am 2. Dezember 2007 nehmen die Repressionen gegen die russische Opposition massiv zu. Die Zulassung zu den Wahlen wurde durch Veränderungen der Parteien und Wahlgesetzgebung erschwert, mehrere Parteien wurden dadurch aufgelöst. Durch die Abschaffung der Direktmandate und die Anhebung der Hürde für den Einzug ins Parlament auf 7 Prozent wurden die Chancen der demokratischen oppositionellen Parteien auf einen Einzug in die Duma drastisch reduziert.

Zudem haben fast nur noch die kremltreuen Kräfte, insbesondere die Partei „Einiges Russland“, Zugang zu den staatlichen Massenmedien. Oppositionelle Parteien sehen sich von den Behörden schikaniert: So beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft Wahlbroschüren der „Union der Rechten Kräfte“.

Die Langzeit-Wahlbeobachtung durch die OSZE wurde durch Verweigerung von Einreisevisa für die Beobachter verhindert. Ähnliche Schwierigkeiten sind bei der Präsidentschaftswahl zu erwarten.

Am Wochenende, acht Tage vor der Wahl, hat die Polizei in Moskau und St. Petersburg über 200 regierungskritische Demonstrantinnen und Demonstranten vorübergehend festgenommen, weil sie ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen hatten. Unter ihnen waren bekannte Menschenrechtsaktivisten wie Ella Poljakowa von den Soldatenmüttern St. Petersburg und Lew Ponomarew von der Bewegung für Menschenrechte sowie Vertreter der demokratischen Parteien „Jabloko“ und „Union der Rechten Kräfte“, wie Maxim Resnik, Julij Rybakow, Nikita Belych und Boris Nemzow. Gegen viele von ihnen wurde Anklage erhoben. Garri Kasparow, der das Bündnis „Anderes Russland“ leitet, wurde bereits im Eilverfahren unter Verletzung rechtsstaat-

licher Standards zu fünf Tagen Haft verurteilt. Weitere Urteile werden möglicherweise folgen.

Zu den Kundgebungen gegen Präsident Wladimir Putin hatte das Bündnis „Anderes Russland“ aufgerufen. Erstmals hatte sich die gesamte Opposition den Protesten angeschlossen. Sie eint die Forderung nach freien und fairen Wahlen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich gemeinsam mit ihren Partnern in der EU für die unverzügliche Freilassung von Garri Kasparow einzusetzen und sich gegen die Verurteilung anderer friedlicher Demonstranten auszusprechen;
- im Rahmen von OSZE und Europarat die zunehmende Beschränkung der demokratischen Freiheiten im Vorfeld der Dumawahlen zu verurteilen;
- sich für die Einhaltung des russischen Versammlungsrechtes durch die russischen Behörden und die russische Justiz einzusetzen;
- sich für die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in Russland einzusetzen und Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit deutlich zu benennen und zu kritisieren;
- sich gemeinsam mit ihren Partnern in der EU für eine Stärkung der OSZE einzusetzen und Attacken gegen die OSZE, insbesondere gegen die Langzeit-Wahlbeobachtungsmission ODIHR, entschieden entgegenzutreten.

Berlin, den 27. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und die Fraktion